

## **Schwerpunkte setzen, Politik entwickeln, handlungsfähig werden**

(Ein Diskussionsbeitrag)

1. Es ist kein Ausweg aus dem sogenannten Dilemma der Koalitionsfrage, wenn wir ein Dringlichkeitsprogramm fordern, das in Form eines offenen Briefes an SPD und Grüne versenden und „mobilisieren“. Das wird am Ende doch als eine Art Minimalprogramm in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Die Genossinnen und Genossen in Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen haben klug operiert, die politischen Forderungen der LINKEN in den Vordergrund gestellt und eine grundlegende Politikänderung verlangt, ohne sich in Koalitionsaussagen zu verlieren. Warum sollten wir anders vorgehen? In Nordrhein-Westfalen stehen als nächstes die Europawahl, die Bundestagswahl und die Kommunalwahlen an. Die Landtagswahl kommt erst danach – und so sollten wir auch operieren. Wir können im Unterschied zu Bremen, Hessen, Hamburg und Niedersachsen bei den anstehenden Wahlen nicht auf die Unterstützung einer Landtagsfraktion zählen. Wir haben lediglich einen einzigen Landtagsabgeordneten und die bisherigen NRW-Landtagsfraktionen halten das – zumindest mehrheitlich – schon für zuviel. Wir müssen einige Fragen im Laufe dieses Jahres grundlegend klären, denn sie werden mindestens bei der Kommunalwahl eine Rolle spielen und in ihrem Ergebnis auf die Landtagswahl wirken.
2. Für die Bundesebene hat Oskar Lafontaine ein Paket von vier Forderungen aufgestellt, die die SPD erfüllen müsse, um koalitionsfähig zu werden – die Rücknahme der Rente mit 67, die Überwindung von Hartz IV, der Mindestlohn und den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Das ist ziemlich wenig, knüpft jedoch daran an, in welchen Fragen sich gesellschaftliche Mehrheiten – nach Meinungsumfragen – geändert bzw. verschoben haben.
3. Das sollte der Ausgangspunkt unserer Überlegungen sein: In welchen Politikfeldern haben wir die Chance, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu gewinnen, wo können wir mit Gewerkschaften, Initiativen und anderen zusammenwirken, damit sich gesellschaftliche Mehrheiten nach Links verschieben? Wenn wir Politik ändern wollen, müssen wir an Einfluss gewinnen, und das mit allen Mitteln, die wir haben. Dazu zählen vor allem unser Auftreten als Partei, das sind die Bundestagsabgeordneten, der Landtagsabgeordnete und die regionalen und kommunalen MandatsträgerInnen. Mit einem Dringlichkeitsprogramm für NRW, das fünf oder zehn Punkte enthält, das sich im wesentlichen auf die Rücknahme der schwarz-gelben Maßnahmen konzentriert – und das womöglich nach der Bundestagswahl ganz anders aussehen muss – dringen wir nicht durch. Wir sollten eine Diskussion in die Richtung führen, welche drei Politikfelder wir im laufenden Jahr so bearbeiten wollen, dass wir Einfluss nehmen können. Was können wir dazu beitragen, dass Schwarz-Gelb abgewählt wird und dass daraus eine sozial gerechtere Politik in NRW folgt? Wir müssen nicht so tun, als würde sich dann schlagartig alles ändern, aber wir sollten ernsthaft dafür eintreten, dass wir wenigstens in einigen wenigen Fragen wirkliche Änderungen und Verbesserungen erreichen.
4. Von außen werden wir im Augenblick noch im Wesentlichen als eine Partei wahrgenommen, die geschlossen für die soziale Gerechtigkeit eintritt. Die Gefahr ist groß, dass sich das ändert. In einigen Kreisverbänden und von Mitgliedern des Landesvorstands, des Bundesvorstands und Bundestagsabgeordneten wird die Frage gestellt, ob wir überhaupt als DIE LINKE kandidieren. Wenn wir das in Landkreisen oder großen Städten nicht tun, sondern in Bündnislisten verschwinden, werden wir Vertrauen verlieren. Wie sollen uns Wählerinnen und Wähler mit Wohlwollen und

Respekt betrachten können, wenn wir nicht identifizierbar sind? Wir stehen vor der Frage, stellen wir überall eigene Bürgermeister- und LandratskandidatInnen auf – oder verzichten wir womöglich auf Kandidaturen zu Gunsten anderer KandidatInnen. Welche Bedingungen können wir dafür entwickeln? Für die Kommunalwahl müssen wir Kriterien entwickeln, die belastbar und glaubwürdig sind – keine Privatisierungen, Re-Kommunalisierung, alles, was kommunal möglich ist, um die Folgen von Hartz IV zu mildern (Lernmittel, Kindergartenversorgung, Schulmittagessen, Sozialticket/Sozialpass, keine Zwangsumzüge, versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse statt 1-Euro-Jobs, versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, Sozialtarif und Verbot von Stromsperrern), ausreichende und gute Krippen-, KiTa- und Ganztagschulversorgung, kommunaler Wohnungsbestand, menschenwürdige Behandlung der Flüchtlinge (auch der Illegalen), vermehrte Ausbildung in der Kommune und ihren Unternehmen, ausreichender ÖPNV ... Kurz: wie kann LINKE in der Kommune zu mehr sozialer Gerechtigkeit beitragen.

5. Grundlegende Politikänderung bedeutet: Die Menschen müssen Mittel in die Hand bekommen, wie sie ihre Interessen direkt äußern und gemeinsam mit anderen durchsetzen können. Eine linke Partei sollte sich in diesem Zusammenhang als Schnittstelle und Vermittlungspartner zu den staatlichen Institutionen und Verwaltungen begreifen, nicht als Stellvertreter der Wählerinnen und Wähler oder gar als Avantgarde, die sagt wo's lang geht. Streikrecht und alle Möglichkeiten direkter Demokratie müssen so ausgestaltet werden, dass die Menschen Politik ändern können. In diesem Sinne wirken wir in Parlamenten und Ratsvertretungen. Sie sind keine Bühnen oder Tribünen, sondern Vertretungen, in denen Menschen mit ihren Entscheidungen Macht über andere Menschen ausüben – und damit erheblichen Einfluss nehmen darauf, wie die große Mehrheit der Bevölkerung leben kann und leben muss. Wenn wir kandidieren, müssen wir uns dieser Verantwortung stellen und die Verantwortung übernehmen, die Verbindung zu den nicht in den Vertretungen anwesenden Menschen und ihren Organisationen nicht zu verlieren und neue Verbindungen herzustellen. Das umfasst weit mehr als die Parteimitglieder. Das bedeutet, enge Verbindungen zu Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen herstellen, mit Bewegungen zusammenarbeiten und sich nicht in ihnen verstecken oder in ihnen untergehen. Das bedeutet auch, in den Parlamenten ernsthafte Bemühungen zu entwickeln, um Mehrheiten in der Sache zu gewinnen.
6. Es gibt Bewegungen und Initiativen, die wir unterstützen müssen, und Sachthemen, mit denen wir uns befassen müssen, die aber nicht unsere Schwerpunktthemen sein sollten. Das sind z.B.
  - a. die Abschaffung der Studiengebühren steht nach wie vor auf der Tagesordnung;
  - b. die Kritik an Hartz IV und die Umsetzung in den Kommunen, Sozialticket, Sozialtarife, die Ersetzung von 1-Euro-Jobs durch versicherungspflichtige Vollzeit Arbeitsplätze für mindestens 12 Monate und für die Umwandlung der zahlreichen befristeten Arbeitsverträge in den ARGEn in unbefristete Arbeitsverträge;
  - c. wie werden die ARGEn künftig organisiert? Sollen die Kommunen alles machen (und alles zahlen)?
  - d. Unterstützung der Kampagne Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger mit dem Ziel Gleiche Rechte für alle, die hier leben;

- e. die Auseinandersetzungen um die kommunalisierten Versorgungsämter, die ihren Aufgaben z. Teil nicht nachkommen können, und die zusätzliche Ausgaben für die Kommunen bedeuten;
  - f. die Erarbeitung eines Landespersonalvertretungsgesetzes, das nicht nur die Änderungen von Schwarz-Gelb zurücknimmt, sondern den Anforderungen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften entspricht;
  - g. die Aufklärung über rechtsextreme Truppen und die Bekämpfung ihrer Kandidaturen, vor allem die Ausbreitung der pro-braun-Truppen.
  - h. die Aufklärung über rechte Alltagskultur (z.B. Kleidung) und ihre Ächtung im öffentlichen Raum;
  - i. die Abschaffung des Wirtschaftsverbots für Kommunen in der Gemeindeordnung;
  - j. die fortdauernde Auseinandersetzung um KiBiz mit dem Ziel eine qualitativ gute und vollständige Kinderbetreuung zu erreichen;
  - k. die Auseinandersetzung um mehr Ausbildungsplätze und eine Ausbildungsplatz-Umlage;
  - l. die Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorstellungen, die eine soziale und ökologische Re-Industrialisierung des Ruhrgebiets möglich machen;
7. Es gibt viele Fragen, die im Augenblick in der gesellschaftlichen Diskussion gestellt werden, an denen sich Kritik an der Regierungstätigkeit entwickelt. Wir sollten uns in unserer Schwerpunktsetzung darauf beziehen. Eine Konzentration auf drei oder vier Themen ist notwendig. Sie müssen, wenn wir uns nicht verzetteln wollen, in die bundesweit stattfindenden Kampagnen einfügen, sie ergänzen und um landesweit wichtige Fragen erweitern. Es sollte jedoch wirklich aktionsbezogen sein, d.h. uns zu politischer Aktivität befähigen. Noch ein Papier alleine bringt uns nicht weiter. Vor allem sollten wir uns auch auf das beziehen, was stattfindet. Das kann sein:
- a. der Kampf gegen die Hartz-Gesetze und ihre Folgen, die Auseinandersetzung mit den Landesverordnung zur Umsetzung (Lernmittelfreiheit, Ausführungsverordnung Wohnen) – eine landesweite Kampagne für Sozialpässe und Sozialtarife.
  - b. eine Kampagne für ein öffentliches Vergaberecht, das Auflagen wie Tarifbindung, Verbot von Lohndumping, Mindestlohn nicht unter 8 Euro, Ausbildungsquote umfasst, verbunden mit einer Petition oder ähnliches an den Landtag (wie in der Mindestlohn-Veranstaltung besprochen).
  - c. die Unterstützung der Kampagne „Eine Schule für alle“ durch eigene Beiträge und eigene Initiativen in den Räten, in den Landschaftsverbänden, im RVR und im Landtag, verbunden mit dem Mitwirken im Bündnis „länger gemeinsam lernen“, Lernmittelfreiheit für alle und gute Ganztagsbetreuung mit Verpflegung;
  - d. der Kampf gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums und für die Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Energieversorgung gehört dazu.
8. Eine Konzentration auf diese Themen bedeutet, dass wir sie wirklich als Kampagnen mit messbaren politischen Erfolgszielen entwickeln müssten, dass wir alle Kreisverbände in die Lage versetzen müssen, wenigstens zu zwei Themen tätig zu werden, dass wir auf Orts- und auf Landesebene mit anderen Akteuren in Verbindung treten müssen – ob das Parteien, Gewerkschaften oder Initiativen sind, sprechen müssen wir mit allen. Die Botschaften wären: Die LINKE will Armut bekämpfen,

gleiche Bildungschancen für alle, eine öffentlich kontrollierte und öffentlich gesicherte Versorgung als Grundvoraussetzung menschenwürdigen Lebens.

Ulrike Detjen

zur außerordentlichen Sitzung des Landesvorstands am 7.3.2008